

Abgeordnete des Oberhauses wollen jede US-Basis in Großbritannien von einer Kontrollgruppe überwachen lassen, um sicherzustellen, dass alle von dort ausgehenden Aktivitäten mit britischem Recht vereinbar sind.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 027/14 – 14.02.14

Exklusiv: Peers verlangen ständige Kontrolle aller US-Militärbasen in Großbritannien, weil sie für Drohnenangriffe und Massenspionage genutzt würden

**Die britische Aufsicht über die US-Militärbasen
müsse "dringend verbessert werden"**

Von Cahal Milmo

The INDEPENDENT, 25.01.14

(<http://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/exclusive-peers-call-for-proper-scrutiny-of-american-military-bases-in-uk-used-for-drone-strikes-and-mass-spying-9084126.html>)

Die Kontrolle von US-Militärbasen in Großbritannien könnte zum ersten Mal seit mehr als 60 Jahren dramatisch verstärkt werden, wenn Anträge zur Änderung eines Gesetzes (der Defence Reform Bill) angenommen werden, die Abgeordnete der drei größten Parteien (ins Oberhaus des britischen Parlaments) eingebracht haben, weil Beweise dafür vorlägen, dass diese Einrichtungen widerrechtlich für Drohnenangriffe und massenhafte Spionageaktivitäten benutzt würden. (Diese sehr interessanten Anträge sind aufzurufen unter <http://www.publications.parliament.uk/pa/bills/lbill/2013-2014/0060/amend/am060-b.htm> .)

In den Änderungsanträgen, die von Peers (Abgeordneten des Oberhauses oder House of Lords, s. http://de.wikipedia.org/wiki/House_of_Lords) der drei wichtigsten Parteien vorgelegt wurden, wird die Regierung aufgefordert, die "veralteten" Regeln zu überarbeiten, die für die Nutzung von Einrichtungen des Pentagons in britischen Militäranlagen gelten; es bestehe der Verdacht britischer Komplizenschaft bei den US-Drohnenangriffen im Mittleren Osten und bei der elektronischen Überwachung der europäischen Verbündeten.

Die *INDEPENDENT* hat bereits im letzten Jahr enthüllt, dass RAF Croughton (der Flugplatz Croughton der Royal Air Force) in Northamptonshire von der U.S. Air Force und der CIA als Relaisstation zur Weiterleitung von Daten nach Washington benutzt wurde, die von weltweit in diplomatischen Vertretungen der USA betriebenen Abhörstationen beim Abhören des Mobiltelefons der deutschen Kanzlerin Angela Merkel gesammelt wurden. [s. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/exclusive-raf-croughton-base-sent-secrets-from-merkels-phone-straight-to-the-cia-8923401.html>]

Diese Basis hat auch eine sichere Datenverbindung zu einer US-Terrorbekämpfungseinrichtung in Dschibuti, von der aus Drohnenangriffe im Jemen gesteuert werden; die Frage, ob auch andere US-Basen in Großbritannien, insbesondere RAF Menwith Hill in North Yorkshire, von der aus die NSA großräumig elektronisch überwacht, für sonstige Zwecke benutzt werden, ist noch nicht geklärt.

Die Enthüllungen haben bei britischen Parlamentariern den Eindruck verstärkt, dass die Kontrolle der US-Basen, die immer noch nach dem Status of Forces Agreement / SOFA

(Stationierungsabkommen) von 1951 erfolgt, nicht mehr ausreicht und dringend den heutigen Verhältnissen angepasst werden muss, weil das Abkommen die modernen Technologien des Drohnen-Krieges und der Massenüberwachung noch überhaupt nicht einschließen konnte.

Je ein führender Peer aus den Reihen der Konservativen, der Labour Party und den Liberaldemokraten (ein Lord und zwei Baronesses) und ein (nicht an diese Parteien) gebundener "Crossbencher" (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Crossbencher>) haben Änderungsanträge zur Defence Legislation (zur Verteidigungsgesetzgebung) eingebracht, die derzeit im Oberhaus beraten werden (weitere Infos dazu s. <http://www.parliament.uk/topics/Defence-policy.htm>); die Peers fordern, dass die Regierung u. a. für jede US-Basis in Großbritannien eine "Scrutiny Group" (eine Kontrollgruppe) einsetzt, die darauf achtet, dass alle von dort ausgehenden US-Aktivitäten mit britischem Recht zu vereinbaren sind.

Gegenwärtig steht jede US-Basis nominell unter dem Befehl eines britischen Offiziers, Kritiker sind aber der Meinung, dass dadurch keine echte Kontrolle möglich ist.

Die vorgeschlagenen Kontrollgruppen sollen aus einem Mitglied, das "ein hohes juristisches Amt ausübt", und einen unabhängigen Prüfer bestehen, "der über die erforderliche technologische Qualifikation verfügt, um die durchgeführten technischen Aktivitäten der Gaststreitkräfte beurteilen zu können".

Lord Hodgson, ein Peer der Konservativen, der die Änderungsanträge unterstützt, sagte der *INDEPENDENT*: "Diese Änderungsanträge wurden eingebracht, um Licht in einen Bereich zu bringen, der die Öffentlichkeit zunehmend beunruhigt.

"Durch die Arbeit der Kontrollgruppen würde das Parlament in die Lage versetzt, bei Handlungsbedarf von amtierenden Ministern verlangen zu können, bestehende Abkommen und gesetzliche Regelungen so zu verändern, dass sie das mögliche innovative Potenzial moderner Technologien berücksichtigen."

Die Regierung müsste die Änderungsanträge, die nächsten Monat diskutiert werden sollen, eigentlich akzeptieren und das Gesetz entsprechend ändern, denn führende Abgeordnete des Ober- und des Unterhauses sehen sie als Anzeichen dafür an, dass im Parlament die Unzufriedenheit mit der gegenwärtig nur unzureichend ausgeübten britischen Aufsicht wächst.

Die Anträge nehmen auch den Interception of Communications Commissioner (den Überwachungsbeauftragten, s. <http://www.iocco-uk.info/>) in die Pflicht, der die Abhöraktivitäten der britischen Geheimdienste zu kontrollieren hat; er soll jährlich darüber berichten, ob auch die Überwacher in den US-Basen die Grenzen einhalten, die durch den Regulation of Investigatory Powers Act / RIPA (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Regulation_of_Investigatory_Powers_Act_2000) gesetzt sind, der festlegt wie weit britische Behörden bei ihrer Überwachungstätigkeit gehen dürfen. Die Regierung hat im letzten Jahr mitgeteilt, es gebe keine Veranlassung, auch die Befugnisse der Abhörer in US-Basen wie RAF Menwith Hill durch den RIPA einzuschränken.

Baroness Miller, eine Peer der Liberaldemokraten, fügte hinzu: "Die Regierung kann nicht behaupten, gegenwärtig würden die US-Basen in Großbritannien außer vom Pentagon noch von irgendjemand anderem kontrolliert. Deshalb muss endlich sichergestellt werden, dass alles, was britische Bürger auf britischem Boden betrifft, auch von der britischen Regierung kontrolliert wird."

Wie die *INDEPENDENT* schon letzten Monat enthüllte, hat das Verteidigungsministerium die Sicherheitsvorkehrungen rund um RAF Croughton unter Berufung auf Militärverordnungen dramatisch verschärft; außerdem bestreitet es hartnäckig, dass US-Basen in Großbritannien an der umstrittenen Drohnen-Kampagne des Pentagons beteiligt sind, die – wie erst diese Woche herauskam – in Pakistan, Afghanistan und im Jemen in den letzten fünf Jahren mindestens 2.400 Todesopfer gefordert hat. Friedensaktivisten behaupten, dass allein in Pakistan mindestens 461 Zivilisten bei Drohnenangriffen getötet wurden; nach einer in dieser Woche veröffentlichten britischen Studie ist die Anzahl der dabei getöteten Zivilisten 2013 aber auf vier zurückgegangen.

Die Ära, in der auf den US-Basen in Großbritannien Atomwaffen eingelagert waren – für den Fall, dass der Kalte Krieg plötzlich heiß werden könnte – ist zwar schon lange vorbei, trotzdem ist Großbritannien, der "unsinkbare Flugzeugträger" Washingtons, aber ein wichtiges Zentrum für Geheimoperationen wie das in größtmöglichem Umfang betriebene anglo-amerikanische elektronische Abhör- und Überwachungsprogramm geblieben, das der NSA-Mitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden enthüllt hat.

Aus Dokumenten, die Snowden zugänglich gemacht hat, geht hervor, dass RAF Croughton als Relaisstation dient – für den Special Collection Service (den Spezial-sammeldienst, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Special_Collection_Service), ein weltweites Netzwerk von Abhörstationen in US-Botschaften wie der in Berlin. Von Croughton führt auch eine direkte Verbindung zur Zentrale des GCHQ in Cheltenham (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Government_Communications_Headquarters), die seit mehr als 20 Jahren besteht.

RAF Croughton war schon im letzten Jahr in den Schlagzeilen, als herauskam, dass die British Telecom den Zuschlag für die Verlegung eines Glasfaserkabels von dort zum Camp Lemonnier in Dschibuti bekommen hat, denn von dort aus werden die Drohnenangriffe im Jemen koordiniert. Der Vertrag über eine Gesamtsumme von 14 Millionen Pfund erweckte den Verdacht, dass dieses Glasfaserkabel benutzt werden könnte, um elektronische Befehle für Drohnen-Angriffe weiterzuleiten. Das britische Verteidigungsministerium wiegelte ab, die U.S. Air Force in Großbritannien verfüge nicht über Drohnen und kontrolliere auch keine.

Kat Craig, die gesetzliche Vertreterin der Menschenrechtsgruppe REPRIEVE (s. <http://www.repriev.org.uk/katcraig/>), sagte: "Es ist ein Skandal, dass sich die britische Regierung so wenig um die vermutlich kriminellen Aktivitäten kümmert, die auf unserem eigenen Boden stattfinden. Alle Bemühungen, die gegenwärtige bedingungslose Unterstützung dieser Aktivitäten ans Licht zu bringen, sind uns deshalb sehr willkommen."

Der Labour-Abgeordnete Tom Watson, der auch schon bisher gegen den Drohnen-Einsatz gekämpft hat, erklärte: "Durch die Änderungsanträge könnte die Kontrolle der US-Basen in Großbritannien verbessert werden. Es ist erstaunlich, dass die Nutzung dieser Basen immer noch auf einem Abkommen aus dem Jahr 1951 beruht. Wenn durch die Anträge das Gesetz verändert würde, wäre eine bessere Kontrolle der Überwachungsaktivitäten möglich, die von unserem Land aus stattfinden." (Unter <http://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/unknown-territory-americas-secret-archipelago-of-uk-bases-9084129.html> ist übrigens ein weiterer Artikel aufzurufen, in dem alle US-Basen in Großbritannien mit ihren heutigen Funktionen aufgelistet sind.)

Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte: "Wir werden uns diese Änderungsanträge anschauen und im Rahmen der Debatte über eine Gesetzesänderung, die im Februar im Oberhaus stattfindet, dazu Stellung nehmen."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Der Link in eckigen Klammern war schon im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken. Wenn schon britische Oberhaus-Abgeordnete die Geheimniskrämerei um die Basen ihres engsten Bündnispartners USA auf britischen Boden nicht mehr hinnehmen wollen, könnten doch auch deutsche Bundestagsabgeordnete mit einer kleinen Anfrage zunächst einmal herauszufinden versuchen, wie es eigentlich um die deutsche Aufsicht über die US-Basen auf deutschem Boden bestellt ist?



Exclusive: Peers call for proper scrutiny of American military bases in UK used for drone strikes and mass spying

Britain's oversight of US bases 'in urgent need of revision'

Cahal Milmo
Saturday, 25 January 2014

Scrutiny of American military bases in Britain could be increased dramatically for the first time in more than 60 years under cross-party proposals provoked by evidence that the installations are being used for drone strikes and mass spying activities.

Draft proposals tabled by peers from all three major parties demand that the Government overhaul the "outdated" rules under which the Pentagon's network of UK outposts operate following claims of British complicity in US drone missions in the Middle East and eavesdropping on European allies.

The Independent revealed last year that RAF Croughton, the US Air Force base and CIA relay station in Northamptonshire, was used to funnel back to Washington data from the network of diplomatic spy posts implicated in the monitoring of the mobile phone of German Chancellor Angela Merkel.

The same base has a secure data link to a US counter-terrorism facility in Djibouti used for drone strikes in Yemen while questions remain about the use of other US bases in Britain, in particular the National Security Agency eavesdropping facility at RAF Menwith Hill in North Yorkshire.

The revelations have fuelled concern in Parliament that British oversight of the bases, which operate under the 1951 Status of Forces Agreement, is outmoded and in urgent need of drastic revision because the legislation was drawn up long before technology such as drones or mass surveillance.

Three senior peers from the Conservatives, Labour and the Liberal Democrats - along with a crossbencher - have tabled amendments to defence legislation currently going through the House of Lords demanding that the Government considers the introduction of measures including a new "scrutiny group" for each US base to ensure all activities carried out comply with British law.

Under current arrangements, each US base is nominally under the command of a British officer but critics say meaningful oversight is impossible.

The proposed scrutiny panels would include a “member holding high judicial office” and an independent scrutineer “with expertise in the particular technology used and services carried out by the visiting forces”.

Lord Hodgson, the Conservative peer backing the proposals, told *The Independent*: “These amendments are designed to enable light to be shone on an area causing increasing public concern.

“They will enable proper scrutiny in Parliament so that ministers responsible can decide whether steps should be taken to review laws and agreements which, in the light of innovative uses of modern technology, appear increasingly outdated.”

The amendments, which will be debated next month, would need to be adopted by the Government to become law but the peers and senior MPs said they underline a growing disquiet within Parliament that current oversight is inadequate.

The proposals also place a duty on the Interception of Communications Commissioner, who is responsible for reviewing the eavesdropping activities of Britain’s spying agencies, to produce an annual report on whether US bases are operating within the Regulation of Investigatory Powers Act, which lays out the limits for public bodies to carry out surveillance and investigation. The Government admitted last year that there is no requirement to monitor US compliance with RIPA at bases including RAF Menwith Hill.

LibDem peer Baroness Miller added: “The Government cannot claim that the American bases in the UK are accountable to anyone but the Pentagon under current legislation. It is time we made what happens to UK citizens on UK soil the responsibility of the UK Government.”

The Ministry of Defence, which *The Independent* revealed last month is drastically tightening security around RAF Croughton using military byelaws, has denied that US bases in Britain have a role in the Pentagon’s controversial drone campaign, which it emerged this week has led to 2,400 deaths in places such as Pakistan, Afghanistan and Yemen in the last five years. Campaigners claim that in Pakistan alone at least 461 civilians have been killed by the remotely-piloted aircraft; though a British study this week revealed that the civilian death toll for 2013 had fallen to four.

While the era has passed in which American bases in Britain once housed nuclear weapons in case the Cold War turned hot, Washington’s “unsinkable aircraft carrier” remains a vital hub in clandestine operations, including the Anglo-American industrial-scale projects to eavesdrop on electronic communications exposed by NSA whistleblower Edward Snowden.

Documents disclosed by Mr Snowden show that RAF Croughton is used as a relay station for the Special Collection Service, the network of embassy-based listening stations used to spy in locations including Berlin. The base also has a direct link to GCHQ’s Cheltenham headquarters which has been operating for more than 20 years.

RAF Croughton also hit the headlines last year when it emerged that British Telecom won a contract to supply a secure fibre-optic link from the base to Camp Lemonnier in Djibouti used to co-ordinate drone strikes over Yemen. The £14m contract raised suspicions that it could be used to relay instructions for drone attacks. The MoD insisted that USAF staff in Britain “neither fly nor control” any remotely piloted aircraft.

Kat Craig, legal director of campaigning group Reprieve, said: “It is a scandal that there is

so little oversight by the British Government of potentially criminal activities taking place on our own soil. Moves to ensure the current unquestioning support is brought out of the shadows are therefore very welcome.”

Labour MP Tom Watson, who had campaigned on the issue of drones, said: "The amendments would overhaul scrutiny of US bases in the UK. It is astonishing that use of UK bases is regulated by an agreement made in 1951. These proposals would enable proper review of interception and communications activities carried out from our country."

An MoD spokesperson said: "We will consider these amendments and will respond to them as part of the Lords consideration of the Defence Reform Bill in February."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern